

## Deutschland.

Berlin, 21. Novbr. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat 4 Uhr in Allerhöchster Befehl dem von des Königs von Sachsen Majestät zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am königlichen Hofe ernannten Geheimen Legations-Rath von Koenneritz eine Privat-Audienz ertheilt und aus dessen Händen ein ihm in der gedachten Eigenschaft beglaubigendes Schreiben seines Souveräns entgegengenommen.

Se. Majestät der König hat dem General-Post-Director von Philipshorn den Stern zum rothen Adlerorden zweiter Klasse mit Eichenlaub und dem ordentlichen Professor an der Universität zu Berlin, Ober-Tribunals-Rath Dr. Carl Gustav Homeyer, den königlichen Kronenorden zweiter Klasse mit dem Stern zu verleihen; ferner den Ober-Landforstmeister Otto von Hagen zum Mit-Director in Forst- und Jagdsachen bei der Abtheilung für Domänen und Forsten im Finanz-Ministerium mit dem Range der Ministerial-Räthe erster Klasse; sowie den bisherigen General-Secretär im hannoverschen Justiz-Ministerium, Ober-Justiz-Rath Dr. Franke, unter Befassung seines bisherigen Ranges und Charakters, zum Vice-Präsidenten bei dem Obergerichte in Hannover zu ernennen geruht.

Berlin, 22. November. [Se. Majestät der König] und die Mitglieder der königlichen Familie stifteten gestern Mittag 12 Uhr Ihrer königlichen Hoheit der Kronprinzessin die Glückwünsche zu Hochzeitsfeierlichkeiten im Neuen Palais ab und traten von dort aus die Reise nach Blankenburg an. Se. königliche Hoheit der Kronprinzessin blieb jedoch zurück und folgte erst mit dem Nachzuge, begleitet von dem persönlichen Adjutanten, Premier-Lieutenant Grafen Eulenburg. (St. A.)

O. K. C. [Mahl- und Schlachtsteuer.] In den Motiven zu dem Gesetzentwurf wegen Einführung der Klassensteuer an Stelle der Mahl- und Schlachtsteuer in der Stadt Wittstock mit dem 1. April 1867 wird ausgeführt, daß die Erhebung der Mahl- und Schlachtsteuer auf die Handels- und Verkehrs-Verhältnisse der Stadt nachtheilig einwirke und daß es auch ohne Schwierigkeit ausführbar sei, den dadurch erscheidenden Ausfall in den Einnahmen der Stadt zu ersetzen, ohne zu einer Erhöhung der directen Gemeindesteuer zu schreiten.

Die Staats-Einnahme an Mahl- und Schlachtsteuer in Wittstock, hat sich im Durchschnitt der Jahre 1863/65 auf 1 Thlr. 5 Sgr. 1 Pf. für den Kopf der Bevölkerung belaufen, während die Verwaltungskosten sich zu 13 Sgr. 1 Pf. berechnen, die Netto-Einnahme ist mithin zu 24 Sgr. für den Kopf der Bevölkerung anzunehmen.

Nach dem Ergebnis der bewirkten Probe-Veranlagung würde dagegen die Klassensteuer — mit Hinzurechnung des Mehrbetrages aus der classificirten Einkommensteuer, welcher sich beim Wegfall der Mahl- und Schlachtsteuer-Vergütung für 23 Einkommensteuer-Pflichtige ergibt, und nach Abzug von 4 Prozent Erhebungskosten — einen Ertrag von 26 Sgr. 9 Pf. für den Kopf der Bevölkerung gewähren.

Ganz abgesehen davon, daß die in Rede stehende Maßregel für die Staatskassen nicht ungünstig ist, erscheint dieselbe schon dadurch als gerechtfertigt, daß die Erhebungskosten der Mahl- und Schlachtsteuer in Wittstock 37 Prozent der Brutto-Einnahme in Anspruch nehmen.

[Der Bericht der Finanz-Commission] des Abgeordnetenhauses über den Gesetzentwurf, betreffend die Uebernahme der Grundsteuer-Veranlagungskosten auf die Staatskassen ist im Druck erschienen. Berichterstatter ist der Abg. Ahmann. Der Bericht hebt hervor, daß es sich dabei nur um die Uebernahme der Kosten handelt, welche durch die Ermittlung des Reinertrages der Liegenschaften zum Zwecke der Grundsteuer-Vertheilung entstanden sind, nicht auch um die Uebernahme der durch die Untertheilung der Grundsteuersummen auf die einzelnen Liegenschaften bereits entstandenen und noch entstehenden Kosten. In Betreff der ersteren wird Alinea II. des § 6 des Gesetzes vom 21. Mai 1861 („Die durch die Ausführung der Grundsteuer-Veranlagung entstehenden Kosten, so weit sie auf die beiden westlichen Provinzen treffen, von diesen, so weit sie auf die sechs östlichen Provinzen treffen, von letzteren auszubringen. Einkommen sind sämtliche Kosten aus der Staatskasse vorzuführen und derselben nach Vollendung des Abschlagswertes in mäßigen Jahresraten allmählich wieder zuzuführen“) aufgeführt. Der Finanzminister v. Patow hatte im Jahre 1861 diese Kosten auf 2,950,648 Thlr. veranschlagt, während sie in Wirklichkeit 7,318,316 Thlr. betrugen, von denen 5,546,973 Thlr. aus dem Staatskassen, der Ueberrest aus den Vertriebsbeständen der General-Staatskasse entnommen wurde. Von Anfang an bekannte die Regierung nicht, daß die Kosten einer für den ganzen Staat bestimmten Arbeit auch von der Staatskasse zu zahlen seien. Aber sie fürchtete dadurch die westlichen Provinzen zu benachtheiligen, deren Grundbesitzer die Kosten des in den 1830er Jahren vollendeten Parcellar-Katasters für die beiden westlichen Provinzen mit mehr als 4 Millionen Thlr. seiner Zeit allein aufgebracht hatten. Sie nahmen nun an, daß die zur Herstellung dieses Katasters aufgenommenen Vermessungen, Karten u. s. w. die Kosten der Ausführung des Gesetzes vom 21. Mai 1861 erheblich niedriger stellen würden, als in den östlichen Provinzen, welche dieses amtlichen Materials entbehrten. Aber diese Annahme erwies sich als irrig, die Kosten in den beiden Gruppen stellten sich als ziemlich gleich heraus. Von den Gesamtkosten fallen auf die sechs östlichen Provinzen, welche 4120 Quadratmeilen und 88,854,387 Morgen umfassen, 6,073,065 Thlr., also auf die Quadratmeile 1474 Thlr., auf den Morgen 2 Sgr. 0,6 Pf.; auf die beiden westlichen Provinzen, welche 853 Quadratmeilen und 18,401,461 Morgen umfassen, 1,245,251 Thlr., also auf die Q.-M. 1461 Thlr., auf den Morgen 2 Sgr. 0,3 Pf. Dies Resultat hat darin seinen Grund, daß die Generalkosten der Veranlagung mit dem geringeren Umfange der Bezirke erfahrungsmäßig geringer, daß in den westlichen Provinzen ein Mangel an geeigneten Persönlichkeiten für diese Arbeit fühlbar war und daß endlich der stärkere Wechsel der Culturarten und der Bodenbeschaffenheit, sowie die größere Zerstückelung des Grundeigentums die Kosten in den westlichen Provinzen erhöhte. In Bezug auf den letzteren Umstand ist zu erwähnen, daß die durchschnittliche Größe einer Parzelle in den westlichen Provinzen 1,18 Morgen, in den östlichen 8,22 Morgen beträgt, mithin die Zahl der Parzellen in den ersteren verhältnismäßig sieben Mal so groß ist als in den letzteren. Dagegen ist bei der Untertheilung der Grundsteuer, deren Kosten die Staatskasse nicht übernimmt, der Vortheil durchaus auf Seite der westlichen Provinzen; ihnen fallen dafür nur 83,066 Thlr. zur Last, da sie im Besitz aller dazu erforderlichen Materialien sind, den östlichen Provinzen dagegen 2,208,940 Thlr. Die Regierung hat sich namentlich bei der günstigen Finanzlage des Staates — ist doch im dem Etat für 1867 der Ertrag allein aus der Gebäudesteuer, der anfänglich auf noch nicht 1 Million angenommen wurde, auf 3,407,600 Thlr. veranschlagt — zur Uebernahme der Grundsteuer-Reorganisationskosten auf die Staatskasse entschlossen und ihre Vorlage entspricht ganz den Anträgen, die der Abg. v. Benda seiner Zeit wiederholt, aber vergeblich in das Haus gebracht hatte. Die Finanzcommission, deren Beratung der Geh. Rath Ambronn als Vertreter des Finanzministeriums beizubringen, hat beschlossen, die Vorlage unverändert dem Hause zur Annahme zu empfehlen.

[Von dem Abg. v. Bodum-Dolfs] ist folgender Antrag eingebracht: „Mit Bezug auf die am Ministerische gegebene Erklärung des Hrn. Finanz-Ministers: die Staats der neu erworbenen Provinzen dem Hause der Abgeordneten alsdann vorlegen zu wollen, wenn die Vertreter dieser Landestheile an der Beratung derselben Theil nehmen können, wolle das Haus beschließen: die königliche Staatsregierung aufzufordern, schon von jetzt an die Vorbringer zu treffen, daß mit dem Jahre 1868 anfangend, nur ein einheitlicher Staatshaushalts-Etat für den ganzen preussischen Staat aufgestellt, mithin auch der Etat für die hohenzollernischen Lande, auf den Thaler-Fuß reducirt, von da an in denselben mit aufgenommen und für keinen einzelnen Landesheil ein besonderer Etat, oder auch nur eine besondere Abtheilung des Etats formirt werde. Motive: Beförderung des Einheitsgefühls und des Bewusstseins der Zusammengehörigkeit unter sämtlichen preussischen Staatsangehörigen.“

[Die besondere Commission] von 14 Mitgliedern für den vom Minister des Innern vorgelegten Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung des Art. 69 der Verfassung und die Wahl der Abgeordneten in den mit der preussischen Monarchie vereinigten Landesheilen wird am Freitag (23. November) vor Beginn der Plenarsitzung von den Abtheilungen gewählt werden und sich alsdann sofort constituiren.

[Von dem Abg. Ebert] wird ein Gesetzentwurf eingebracht, der den

Zweck hat, die vorläufige Beschlagnahme von Zeitungen und Druckschriften, sowie der zur Vervielfältigung derselben bestimmten Platten und Formen zu befeitigen.

[Die Budget-Commission] des Hauses der Abgeordneten, obwohl sie ihrer gewöhnlichen Arbeit officiell entbunden ist und in Bezug auf den Staatshaushalts-Etat dem in der Vorberatung desselben begriffenen Plenum nur in besonderen Fällen als Revisor dienen soll, legt ihre Thätigkeit gleichwohl privatim fort, vertheilt die Special-Etats unter ihre Mitglieder, nimmt die Berichte derselben entgegen und trägt, indem die Ergebnisse dieser Thätigkeit in die vorbereitenden Versammlungen der Fractionen übergehen, ihrerseits indirect zur Förderung der Vorberatung im Plenum bei.

[Die Commission für das Dotationsgesetz] hat noch immer keine Sitzung gehabt.

Leer, 19. Nov. [Die Deputation,] welche dem Könige eine Adresse überreichte, erhielt folgende Antwort:

„Es gereiche ihm zu besonderer Freude, eine Deputation aus demjenigen Landesheile zu empfangen, welcher vor 50 Jahren von der preuss. Monarchie getrennt wurde und in welchem sich die alte Anhänglichkeit an Preußen erhalten habe. Schweren Herzens habe sein hochseliger Vater sich der Nothwendigkeit gefügt, die Provinz Ostpreußen abzutreten, die freudig nach der Schlacht bei Leipzig unter seine Herrschaft zurückgekehrt sei und deren Söhne tapfer mitgekämpft für die Befreiung Deutschlands. Jetzt sei die Vereinigung mit Preußen wieder erfolgt und hoffentlich für immer. Wie er bereits anderen Deputationen gesagt, könne er nun wiederholen: es sei ihm sehr schmerzhaft gewesen, gegen nahe Verwandte, zumal gegen den König von Hannover und den Kurfürsten von Hessen vorzugehen. Wäre der König mit ihm gegangen, so würde er im vollen Besitze seiner Lande geblieben sein; da er sich aber gegen ihn erklärte, so mußte er sich selbst sagen können und er habe es ihm nicht verschwiegen, was die Folgen sein würden, wenn er Sieger bliebe. Die Ereignisse seien mit einer Macht hereingebrochen und die Erfolge seien derartige gewesen, wie Niemand sie habe absehen oder erwarten können, und darin möge man wohl den Finger der Vorsehung erblicken, die den Ausgang gewollt, wie er gekommen. Er wolle hoffen, daß Ruhe und Frieden erhalten bleiben, damit das Errungene befestigt und ausgebaut werden könne.“

Nachdem Se. Majestät sodann verschiedene Fragen über die Verhältnisse der Stadt Leer gestellt und die Beantwortung derselben entgegengenommen, wurde die Deputation nach ihrem Berichte mit folgenden Worten entlassen: „Wir möchten unseren Mitbürgern sagen, daß es Sr. Majestät angenehm gewesen, die Versicherung der Treue und Anhänglichkeit an sein Haus entgegenzunehmen; es sei sein Wille und das Ziel seiner Regierung, allen berechtigten Wünschen seiner Unterthanen zu genügen, die geistigen und materiellen Interessen — somit was Leer zunächst angehe: Schulen, Handel und Schiffahrt — zu fördern, den preussischen Staat auf die möglichst hohe Stufe staatlicher Einrichtungen zu heben. Dem müsse der gute Wille, die Arbeit und Anstrengung der Unterthanen entgegenkommen, sonst lasse sich das Ziel nicht erreichen. Er beabsichtige, die neuverworbenen Provinzen nächstens zu besuchen, und hoffe, dann auch nach Leer zu kommen.“ (L. Anz.)

Celle, 20. November. [Deputation.] Die Städte Celle, Gifhorn und Verden haben vorgestern eine gemeinschaftliche Deputation nach Berlin entsandt, um dort an maßgebender Stelle für ein neues Eisenbahnprojekt zu wirken, welches die Anlage einer Eisenbahn zum Gegenstande hat, die Berlin und Bremen auf kürzestem Wege mit einander verbinden und die obengenannten drei Städte berühren soll.

Celle, 20. Novbr. [Dragoner des ehemaligen Cambridge-Regiments] find in diesen Tagen im Auftrage des Commandeurs dieses Regiments aufgeführt worden, des Eintritts in das preussische Militär, falls sie dazu aufgeführt würden, unter Hinweisung auf ihren dem Könige Georg V. geleisteten Fahnen-Eid sich zu weigern; wahrscheinlich kommt daher auch das Gerücht, namentlich unter den Unteroffizieren, daß sie nächstens wieder einen anderen Rock tragen würden, um gegen Preußen zu kämpfen. — Bis vor etwa 14 Tagen haben die ehemaligen hannoverschen Offiziere mit den Offizieren der Garnison im Rathsfelder freundlich verkehrt, seit dieser Zeit sollen sich aber die ersteren in dem erwähnten Local nicht mehr sehen lassen. Man vermuthet, daß sie sich auf höhere Ordre des Umganges mit preussischen Offizieren enthalten. (S. A. Z.)

Hamburg, 21. Novbr. [Handelsvertrag mit England.] Die „Nat.-Ztg.“ aus London als verbürgt mitgetheilte Nachricht, daß der hiesige Senat noch in der ersten Stunde einen Handelsvertrag mit England abzuschließen beabsichtige, daß aber von der englischen Regierung die Competenz des Senats hierzu, nach erfolgtem Beitritte Hamburgs zum norddeutschen Bunde bezweifelt werde, erfährt im „Hamb. Correspond.“ folgende Berichtigung:

„Das Wahre an der Sache ist, daß nicht der Senat von Hamburg allein, sondern die Senate von Altona, Bremen und Hamburg mit der künftigen britannischen Regierung seit etwa 2 Jahren einen Schiffsahrts- und Handelsvertrag verhandeln, welcher zur Ergänzung desjenigen, welcher vom Zollverein abgeschlossen ist, zu dienen hat. Der Correspondent der „Nat.-Ztg.“ kann sich im Uebrigen beruhigen, ein solcher Vertrag würde niemals etwas gegen das norddeutsche Bündniß enthalten, die Handelsstädte würden vielmehr, wie sie immer und zwar stets mit Erfolg zu thun bemüht gewesen sind, nur solche Bestimmungen aufnehmen, welche nicht allein dem Handel und der Schiffahrt der Handelsstädte, sondern auch dem von ganz Deutschland förderlich sind. Von einer Anweisung ihrer Actio-Legitimation absehen der künftigen britannischen Regierung ist hier nichts bekannt geworden.“

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt hierzu: „Wenn auch an der Versicherung des „Hamb. Correspond.“, daß der in Rede stehende Vertrag nichts gegen die Interessen des norddeutschen Bündnisses enthalten werde, nicht gezwweifelt werden soll, so dürfte der Abschluß desselben doch, nachdem die Verhandlungen darüber schon zwei Jahre gedauert, bei der gegenwärtig bevorstehenden Constituirung des norddeutschen Bundes, in den Bereich der Competenz desselben zu ziehen sein.“

Gera, 21. Nov. [Die Feudalstände.] Wie die „Neue Thüringer Zeitung“ sich melden läßt, treten am 26. November die Feudalstände von Greiz zusammen, um über die Indemnität für Veräußerung der von Preußen der Fürstin Caroline auferlegten Zahlung von 100,000 Thalern zum Besten der preussischen Invaliden-Unterstützungskasse zu beraten. Wir wollen diese Correspondenz ergänzen durch eine kurze Schilderung der Greizer Feudalstände und ihrer Befugnisse; vielleicht giebt sie der „Augsburger Allgemeinen Zeitung“, die jüngst zwei große Lobartikel über Greiz und seine Regentin brachte, Stoff zu einem neuen Panegyrikus. Dieser feudale Landtag besteht aus sämtlichen Gliedern der Ritterschaft und Deputirten der Städte und dem Bürgermeister von Schleiz als Vertreter einiger Gerechtsame der Schleizer Commune im Greizer Lande. Gewöhnlich tritt, wahrscheinlich auch diesmal, nur der sogenannte Landesauschuß zusammen, der aus drei ritterschaftlichen und zwei städtischen Deputirten besteht. Die Verhandlungen sind geheim. Die Feudalstände wählen einen Consulanten, welcher die Acten führt und die Ausfertigungen besorgt. Die Finanzperiode ist eine achtjährige; deshalb wird der Landtag alle acht Jahre einberufen. Bei den Steuern haben sie das Bewilligungsrecht, bei andern Angelegenheiten

der Gesetzgebung ein Votum consultativum. In der Zwischenzeit, die von einem Landtage zum anderen liegt (und es ist dies, wie erwähnt, eine achtjährige), werden etwaige der feudalistischen Mitwirkung bedürftige Angelegenheiten durch Circular erledigt! Die Greizer Bevölkerung erwartet, daß die Stände die 100,000 Thlr. nicht dem Lande ausbilden, sondern der Privatkasse der sehr reichen Fürstin, deren Politik einzig und allein die Kriegscontribution verschuldet hat. (D. A. Z.)

Mainz, 20. Novbr. [Ludwig Bamberger] aus Mainz, jetzt in Paris, soll als Candidat für die bevorstehende Abgeordnetenwahl aufgestellt werden. Derselbe steht wie bekannt auf dem Standpunkte der „Rhein. Ztg.“

München, 19. Nov. [Die Verlustlisten der bairischen Armee] aus dem letzten Kriege sind nun im königlichen Ministerium definitiv festgestellt und abgeschlossen worden. Die Zahl der todtten Offiziere beträgt danach 47, die der verwundeten Offiziere 111, zusammen 158. An Unteroffizieren und Soldaten blieben todt 282 Mann, verwundet wurden 1858, vermißt werden 567; diese drei Ziffern zusammen genommen ergeben 2707 Mann. Der Gesamtverlust der bairischen Armee betrug sonach 2865 Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten. Da aber der Gesamtverlust der königlich preussischen Mainarmee nach den officiellen Ausweisen darüber 2694 Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten betrug, so ergibt sich für die bairische Armee ein Mehr von 171 Mann. (Allg. Z.)

## Großbritannien.

E. C. London, 19. November. [Reform-Demonstration.] Am Sonnabend fand die Reform-Demonstration zu Edinburgh statt. Tausende von Menschen strömten aus der Nachbarschaft und den umliegenden Städten zu der Massenversammlung herbei. Gegen 10 Uhr hatten sich die Gewerke, mit Musikchören, Trommeln und Fahnen an der Spitze, eingefunden und ordneten sich langsam zum endlosen Zuge, der unter ungeheurem Andrang von Zuschauern die Straßen durchzog und allenthalben von lebhaften Zurufen begrüßt, sich nach dem Park hinter Holyrood zu bewegte. Gegen 40,000 Personen waren auf dem Versammlungsorte anwesend. Die Resolutionen, die mit kurzen Reden empfohlen und durch allgemeinen Zuruf angenommen wurden, enthielten einen Protest gegen das gegenwärtige Wahlgesetz, eine Erklärung, daß allgemeine geheime Abstimmung die unumgänglich nötige Grundlage für eine Reformbill sei und ein Dankvotum der Versammlung für Lord Russell, Mr. Gladstone, John Bright, John Stuart Mill, Professor Fawcett. Es wurde ferner zum Beschluß erhoben, eine auf die oben erwähnten Resolutionen sich stützende Petition dem Parlamente in der nächsten Session durch Mr. McLaren vorzulegen. Die ganze Demonstration nahm einen ruhigen Verlauf und schloß Abends mit einer engeren Versammlung in der Kornbörse, zu der gegen 2500 Karten vertheilt waren.

## Amerika.

Newyork, 9. Nov. [Mexicanisches.] Der Dampfer „Susquehanna“ geht in wenigen Tagen mit Sherman und Campbell nach Vera-Cruz oder einem anderweitigen Hafen ab, um Juarez anzutreffen. Der Consul der Vereinigten Staaten in Vera-Cruz beabsichtigt Herrn Schward, daß Maximilian die Hauptstadt am 22. October verlassen habe. Dritthalb Millionen Silberthaler kamen aus der Hauptstadt in Vera-Cruz an.

[Begnädigung von Fenier.] Die neueste amerikanische Post bestätigt die Nachricht, daß die Todesurtheile gegen die beiden Fenier Lynch und McMahon nicht vollstreckt werden sollen; der dritte Anglagte, ein protestantischer Geistlicher und Doctor der Theologie, Namens Lumsden, ist in Toronto bekanntlich freigesprochen worden. Doch geschah dies nicht, wie es scheinen könnte, in Folge der von den Vereinigten Staaten gegen Canada angenommenen Haltung, sondern, wie der Richter erklärte, als er den Befehl gab, den Gefangenen in Freiheit zu setzen, „weil es bewiesen ist, daß der Angeklagte an dem Tage der fenischen Invasion sterbensbetrunken war.“

Mexico. [Ueber die gegenwärtigen Zustände des Kaiserreichs] veröffentlicht die französischen Blätter mehrere Artikel des „Messager Francor Américain“ und des „Courrier des Etats-Unis“, die ein höchst unerfreuliches Bild davon entwerfen. Man liest zunächst im „Messager“:

„General Sherman ist von Washington nicht nach dem Ohio und Mexico, sondern nach seinem früheren Hauptquartier zu St. Louis abgereist. Dies scheint also zu beweisen, daß die diplomatische Mission, die man ihm vor einigen Tagen beilegte, nur eine Erfindung war.“ — Aus Mexico erfährt daselbst Blatt über New-Orleans Nachrichten, die bis zum 20. October reichen. Dienen Nachrichten zufolge war die kaiserliche Administration nur no der Schatten einer Regierung. Ein Theil der aus Indianern der Centralprovinzen gebildeten Gacabores hatte sich empört und seine Offiziere niedergemetzelt. Die Meuterer sind hierauf mit Sad und Pad zu den Juaristen übergegangen. Der Kaiser verläßt, seitdem er von dem traurigen Geisteszustande seiner Gemahlin Kunde erhalten hat, das Schloß Chapultepec nicht mehr. Man erwartet, daß er sehr bald abdanken werde. — In Puebla wurde ein österreichisches Musik-Chor, das Abends auf dem Hauptplatze Concerte zu geben pflegte, von dem Volkshaufen mit Steinwürfen angegriffen. Es spielt jetzt nur noch unter Bedeckung eines österreichischen Detachements öffentlich.

Nun der „Courrier des Etats-Unis“:

„Die über Panama eingelaufenen Nachrichten bestätigen die Räumung der Westküsten von Seiten der Franzosen. Ueber New-Orleans vernimmt man, daß Kaiser Maximilian die Nachricht von der Erkrankung seiner Gemahlin erhalten hat. Sie sei von einem Hirnfehler befallen. Die Geistlichkeit batte für die Genesung der hohen Patientin Gebete angeordnet. Oajaca war in die Gewalt des Porfirio Diaz gerathen. Auf telegraphischem Wege meldete man aus San Francisco: Tanori, Alameda und 17 andere Imperialisten wurden, ohne Widerstand zu leisten, in einem unbewaffneten Fahrzeuge festgenommen. Alameda wurde auf Befehl des Albitze auf der Stelle erschossen. Tanori und die anderen wurden nach Guaymas gebracht und am 26. Sept. hingerichtet. Die Hinrichtung nahm einen schauerlichen Verlauf. Nach der ersten Salve waren nicht sämtliche Delinquenten todt; einige beleten, andere stießen ihre Haken um Schöpfung an. Es erfolgte eine zweite Salve und dann führten sich die Offiziere mit dem Säbel und dem Revolver auf die Unglücklichen, um ihnen den Garot zu machen. Tanori war ein Yaqui-Indianer, welchen Maximilian wegen seiner der kaiserlichen Sache in der Sonora geleisteten Dienste decorirt hatte. Die Liberalen hatten ihren Gegnern bei der Gefangenahme Schonung des Lebens versprochen, wenn sie keinen Widerstand leisteten würden. Dessenungeachtet fand die Hinrichtung statt. Vorher waren 13 andere hervorragende Imperialisten hingerichtet worden. — Die Nachrichten aus Mexico über New-Orleans sind fortwährend schlecht. Man sprach von dem Abfall eines imperialistischen Detachements und der Befreiung mehrerer wichtigen Punkte durch die Dissidenten. Maximilian, der schwer von der entsetzlichen Botchaft der Erkrankung seiner Gattin getroffen ist, hält sich abgesondert in Chapultepec auf.“

## Provinzial-Beitrag.

Breslau, 20. Nov. [Schwurgericht.] Gegen den Maurerlehrling Joh. Friedrich Wilhelm Schädle aus Oels wurde eine Anklage wegen schweren Diebstahls im Rückfalle, gegen den Badergehilfen Heinrich Herzler aus Obe.-Glogau wegen eines Vergehens wider die Sittlichkeit und gegen den Tischlergehilfen Albert Louis Reinewer wegen Urkundenfälschung im zwei-



